

Wie lebendig die Sorge um den Frieden und die Frage, wie es in Deutschland weitergehen soll, bei den Werktätigen Westdeutschlands ist, zeigt die Tatsache, daß der Parteivorstand der SPD den Brief unseres Zentralkomitees mit einer „Offenen Antwort“ erwiderte. Trotz vieler und großer Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen hat die Aussprache zwischen SPD und SED begonnen. Der Vorstand der SPD anerkennt auch die Notwendigkeit, „in ganz Deutschland den Austausch von Argumenten über die Kernfragen der deutschen Politik in Gang zu bringen“. Das ist genau unser Anliegen.

Prüft man jedoch die „Offene Antwort“ des Parteivorstandes der SPD auf diese seine Feststellung hin, so sucht man vergeblich die Beantwortung der Kernfragen deutscher Politik. Die Grundfragen, die vor unserem Volk stehen — Bist du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen beider deutschen Staaten mit dem Ziel einer Entspannung; wie stehst du zu einem Friedensvertrag, und wie soll das einige Deutschland aussehen, soll das Volk oder sollen die Multimillionäre und Hitlergenerale bestimmen? —, werden nicht beantwortet. Darum geht es aber. Es ist bedauerlich, daß der Parteivorstand der SPD nicht den Mut aufgebracht hat, darauf zu antworten. Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete haben doch wiederholt festgestellt, daß die sogenannte Deutschlandpolitik der CDU/CSU eine Politik zur Vertiefung der Spaltung war und in die Sackgasse geführt hat. Solche brennenden Fragen wie Frieden oder Krieg, die Sicherung der Demokratie und die friedliche Lösung der deutschen Frage verlangen doch eine Antwort, und das um so mehr, als die SPD ihren Deutschlandplan im Juni 1960 „zugunsten der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU“ aufgab.

In seiner Antwort spricht der Parteivorstand viel über „die freiheitliche demokratische Grundordnung“ in Westdeutschland. Auch darum geht es. In unserem Brief an die SPD haben wir unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, daß der Abbau der Grundrechte in Westdeutschland rapide voranschreitet. Uns aber vorzuwerfen, wir wollten das Grundgesetz in Westdeutschland gefährden, heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Wer hat denn die KPD und andere demokratische Organisationen verboten, wer will die Notstandsdictatur einführen, wer verfolgt Friedenskämpfer und sperrt sie in Gefängnisse, wer beschneidet die Pressefreiheit? Das westdeutsche Grundgesetz wurde und wird durch die herrschenden Kreise in Bonn durchlöchert und ausgehöhlt. Unsere Auffassungen über Demokratie sind andere. Sie gehen von der Volkssouveränität aus. Das ist bei uns keine papierene Formel, sondern dafür sind die materiellen und politischen Grundlagen geschaffen worden, auf denen sich die sozialistische Demokratie ständig weiterentwickelt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die begonnene Aussprache zwischen SPD und SED zu einer tiefgehenden Klärung der Lebensfragen unseres Volkes, aber auch aller anderen Fragen führen wird, wenn wir verstehen, mit jedem zu sprechen und ihn an Hand seiner Erfahrungen und der Entwicklung davon zu überzeugen, was zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse und der glücklichen Zukunft unseres Volkes ist.

*

Der Weg, den wir in diesen zwanzig Jahren zurückgelegt haben, war steil und erfolgreich. Er führte unsere Bevölkerung aus der Hoffnungslosigkeit, dem Chaos und der Katastrophe des verfluchten Hitlerkrieges zu einem neuen, demokratischen Leben, zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Werktätigen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates konnten durch ihre gemeinsamen Anstrengungen diese geschichtlich tiefgehende und umwälzende gesellschaftliche Entwicklung vollziehen, weil an ihrer Spitze die geeinte politische Kraft der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, steht.



„In den Reihen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands will ich meine ganze Kraft einsetzen, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.“ So sagte Horst Böhme, Kreistagsabgeordneter und Metallschleifer im VEB Roburwerk Bautzen, als er anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung unserer Partei um Aufnahme als Kandidat bat.

Foto: Sprigade